

Demokratie leben heißt, jede neue Generation an der kulturellen Revision der Demokratie zu beteiligen

Die bestehende demokratische Bildungsinfrastruktur muss nicht nur erhalten und fachlich gestärkt werden. Sie braucht zusätzlich eine institutionelle Form, in der jede neue Jugendkohorte an der Wahrnehmung, Prüfung und Weiterentwicklung der gemeinsamen gesellschaftlichen Wirklichkeit beteiligt wird.

Sehr geehrte Autorinnen und Autoren der gemeinsamen Position zur Neuausrichtung des Bundesprogramms „**Demokratie leben!**“,

Ihre [Stellungnahme](#) verteidigt etwas, das in der gegenwärtigen Debatte leicht verloren gehen könnte: Politische Bildung ist mehr als eine präventive Reaktion auf Extremismus. Sie besitzt einen eigenständigen Bildungswert. Sie soll Menschen zur Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge, zur politischen Urteilsbildung, zur Partizipation, zu Mündigkeit und demokratischer Selbstbestimmung befähigen.

Ebenso überzeugend ist Ihre Warnung, die gewachsenen fachlichen Strukturen politischer Bildung nicht einer bloßen Reichweiten- und Regelstrukturlogik zu opfern. Schule kann außerschulische politische Bildung nicht ersetzen. Sie benötigt deren Erfahrung, Pluralität, methodische Kompetenz und relative Unabhängigkeit. Auch Wirkung lässt sich in diesem Feld nicht mit einfachen Ursache-Wirkungs-Modellen messen. Politische Bildung findet in offenen, konflikthaften und kontextabhängigen gesellschaftlichen Verhältnissen statt.

Ich möchte Ihre Position deshalb nicht bestreiten, sondern um eine weitergehende Frage ergänzen:

Reicht es aus, politische Bildung als Infrastruktur zur Befähigung junger Menschen zu sichern – oder benötigen wir zusätzlich eine Infrastruktur, durch die die Gesellschaft selbst regelmäßig von ihrer Jugend lernen und sich mit ihr verändern kann?

Diese Frage führt zu **PSI-21 – Politik, Schule und Internet im 21. Jahrhundert**.

PSI-21 ist der Vorschlag für eine wiederkehrende demokratische Lern-, Gestaltungs- und Antwortstruktur. Jugendliche sollen reale gesellschaftliche Fragen in überschaubaren, fachlich begleiteten Gruppen wahrnehmen, untersuchen und dialogisch bearbeiten. Die Ergebnisse vieler Gruppen werden durch eine transparente Human-KI-Struktur geordnet und miteinander in Beziehung gesetzt. Zuständige politische und administrative Stellen müssen darauf nachvollziehbar antworten. Die öffentlich dokumentierte Rückkopplung wird anschließend zum Ausgangspunkt der nächsten Lern- und Handlungsphase.

Damit soll Beteiligung nicht mehr bei der Äußerung enden. Aus ihr soll ein institutioneller Zusammenhang entstehen:

Wahrnehmung → gemeinsames Prüfen → Möglichkeitsentwurf → Zuständigkeitsklärung → institutionelle Antwort → Umsetzung oder begründete Ablehnung → Wirkungsbeobachtung → Revision

Die bestehende PSI-21-Darstellung nennt dafür dialogische Gruppenarbeit, Zugangsgerechtigkeit, Schutz, Transparenz, Zuständigkeitsklärung, politische oder administrative Antwortpflicht und Evaluation als gemeinsame Standards.

Die Wahrnehmungslücke

Der Ausgangspunkt ist eine Wahrnehmungslücke im Verhältnis zwischen Jugend und Gesellschaft.

Viele Institutionen betrachten Jugendliche vor allem als Menschen, die geschützt, qualifiziert, unterrichtet, beteiligt oder auf das Erwachsenenleben vorbereitet werden sollen. Selbst wohlmeinende Programme ordnen ihnen überwiegend eine Empfängerrolle zu:

- Jugendliche erhalten Bildung.
- Jugendliche werden aktiviert.
- Jugendliche werden resilient gemacht.
- Jugendliche lernen demokratische Werte.
- Jugendliche dürfen ihre Meinung äußern.
- Jugendliche werden auf spätere Verantwortung vorbereitet.

Aus jugendlicher Sicht stellt sich die Frage jedoch möglicherweise anders:

Wo können wir gemeinsam mit Gleichaltrigen gesellschaftliche Wirklichkeit wahrnehmen, prüfen und tatsächlich mitgestalten?

Wo erfahren wir, dass unsere Wahrnehmungen nicht nur erhoben, sondern institutionell verarbeitet werden?

Wo entsteht eine gemeinsame Erfahrung, aus der Zugehörigkeit zum demokratischen Gemeinwesen wachsen kann?

PSI-21 geht davon aus, dass demokratische Bindung nicht allein durch Wertevermittlung oder punktuelle Beteiligung entsteht. Sie wird besonders tragfähig, wenn junge Menschen erfahren:

Ich gehöre zu diesem gesellschaftlichen Kulturraum, weil ich an seiner Weiterentwicklung mitwirken konnte.

Das ist keine Forderung, Jugendlichen die politischen Entscheidungen Erwachsener zu übertragen. Es ist die Forderung, ihre Wahrnehmungen, Fragen und Möglichkeitsentwürfe zu einem regelmäßigen Bestandteil gesellschaftlicher Selbstprüfung zu machen.

Eine festgefahrene institutionelle Rollenverteilung

Meine Sorge ist, dass wir institutionell im Umgang mit Jugendlichen festgefahren sind.

Schule vermittelt.

Jugendhilfe schützt und unterstützt.

Politische Bildung befähigt.

Verwaltung bearbeitet.

Politik entscheidet.

Jugendliche lernen und beteiligen sich.

Diese Arbeitsteilung besitzt jeweils gute Gründe. In ihrer Gesamtheit erzeugt sie jedoch einen blinden Fleck: Es gibt kaum eine dauerhaft legitimierte Rolle, in der Jugendkohorten als **Mitwirkende kultureller Erneuerung** auftreten.

Über Jugendliche wird gesprochen. Sie werden untersucht, gefördert, beraten und befragt. Ihre Perspektiven gelangen jedoch nur punktuell in die Definition gesellschaftlicher Probleme. Noch seltener erleben ganze Kohorten, dass aus ihrer gemeinsamen Arbeit eine institutionelle Antwort und gegebenenfalls eine tatsächlich angewandte Regel entsteht.

Jugendliche erscheinen deshalb paradoxerweise zugleich als allgegenwärtige Zielgruppe und als gesellschaftliches „Nichts“: Überall betroffen, aber kaum mit einer kontinuierlichen öffentlichen Funktion ausgestattet.

Das negative Henne-Ei-Problem besteht darin:

Ohne einen wirksamen gemeinsamen Gestaltungsraum entsteht keine Erfahrung demokratischer Miturheberschaft.

Ohne diese Erfahrung können Jugendliche einen solchen Raum kaum fordern oder überhaupt imaginieren.

Institutionen wiederum erkennen keinen eindeutigen Bedarf, weil sich das Fehlen des Raums nur indirekt zeigt: als Rückzug, diffuse Unzufriedenheit, Misstrauen, Provokation, psychische Belastung, politischer Protest oder Bindung an geschlossene Milieus.

Darauf reagieren sie mit einzelnen Beteiligungsangeboten.

Bleiben diese punktuell oder folgenlos, bestätigt sich auf beiden Seiten die Erwartung, dass wirksame gemeinsame Gestaltung unrealistisch sei.

PSI-21 will diesen Kreislauf nicht theoretisch lösen. Es will ihn durch einen begrenzten, wissenschaftlich begleiteten Modellversuch unterbrechen.

Von den „wicked problems“ zur Wahrnehmungskrise

Stephan A. Jansen beschreibt eine „Gleichzeitigkeitswende“: Klimawandel, geopolitische Verschiebungen, demografische Entwicklung, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Energiefragen und wirtschaftliche Transformation wirken gleichzeitig. Sie lassen sich nicht mehr unabhängig voneinander behandeln. Jansens öffentlich dokumentierte Arbeit verwendet diesen Begriff bereits seit 2022 für eine Lage, in der mehrere Zeitenwenden ineinandergreifen.

Gemeint sind **wicked problems**: Probleme, deren Ursachen, Grenzen, Nebenfolgen und mögliche Lösungen umstritten und miteinander verflochten sind. Bei ihnen ist nicht nur die Lösung unsicher. Schon die Beschreibung dessen, was eigentlich das Problem ist, hängt von Perspektiven, Interessen, Wissensständen und Zeithorizonten ab.

Unsere Institutionen sind jedoch weiterhin überwiegend nach Sachgebieten geordnet:

- Bildung,
- Arbeit,
- Soziales,

- Inneres,
- Wirtschaft,
- Klima,
- Digitalisierung,
- Gesundheit,
- Verkehr.

Jedes Ressort kann seinen Ausschnitt fachlich zutreffend bearbeiten und dennoch die Gesamtentwicklung verfehlen.

Das Problem liegt deshalb nicht allein in mangelndem Wissen. Es liegt in fehlenden gesellschaftlichen Verfahren, die unterschiedliche Wirklichkeitsausschnitte zusammenführen, ohne sie vorschnell zu vereinfachen.

Gerade hier ist der Ausschluss der Jugendperspektive problematisch.

Die heute jungen Menschen leben an den Schnittstellen der großen Gleichzeitigkeiten:

- zwischen analogem Alltag und algorithmisch erzeugter Öffentlichkeit,
- zwischen schulischer Vergangenheit und ungewisser Arbeitswelt,
- zwischen familiärer Herkunft und neuen kulturellen Zugehörigkeiten,
- zwischen gegenwärtigen politischen Kosten und langfristigen Folgen,
- zwischen menschlicher Kommunikation und KI-generierter Realität.

Sie besitzen deshalb nicht automatisch die besseren Antworten. Aber sie nehmen andere Zusammenhänge wahr als Institutionen, deren Grundannahmen, Berufsroutinen und Zuständigkeiten in früheren gesellschaftlichen Bedingungen entstanden sind.

Versuchen wir weiterhin, ohne diese generationelle kulturelle Revision auszukommen, laufen wir den vertrackten Problemen zwangsläufig hinterher. Wir optimieren vorhandene Strukturen, während sich die Wirklichkeit, für die sie geschaffen wurden, bereits verändert.

Politische Bildung zwischen Wirklichkeitssinn und Möglichkeitssinn

Politische Bildung benötigt selbstverständlich Wirklichkeitssinn. Jugendliche müssen Institutionen, Machtverhältnisse, Interessen, Rechtslagen, historische Erfahrungen und materielle Grenzen verstehen.

Doch in einer Zeit tiefgreifender Transformation genügt Wirklichkeitssinn allein nicht.

Robert Musil stellte ihm den **Möglichkeitssinn** zur Seite: die Fähigkeit, das Bestehende nicht für die einzig denkbare Wirklichkeit zu halten und andere Ordnungen, Entwicklungen und Handlungswege überhaupt vorstellen zu können.

Der Möglichkeitssinn ist weder Optimismus noch Pessimismus.

Optimismus erwartet einen günstigen Ausgang.

Pessimismus erwartet einen ungünstigen Ausgang.

Möglichkeitssinn hält die Wirklichkeit für veränderbar und fragt, was unter anderen Bedingungen entstehen könnte.

Daran schließen Begriffe wie Possibilismus, Potentialismus oder Zukunftsimaginationskompetenz an. Sie bezeichnen keine einheitlich abgegrenzte wissenschaftliche Schule. Gemeinsam ist ihnen jedoch eine Haltung, die zwischen naiver Zuversicht und resigniertem Realismus einen dritten Weg sucht:

Die Zukunft ist weder automatisch gut noch bereits verloren. Sie hängt davon ab, welche bislang ungenutzten Möglichkeiten wir erkennen, erproben und institutionell tragfähig machen.

More in Common beschreibt für Deutschland ein ausgeprägtes Zukunfts- und Gestaltungsdefizit: Viele Menschen vermissen politische Handlungsfähigkeit, Gemeinsinn, Orientierung und verbindende Zukunftsbilder. Die Organisation versteht Zusammenhalt ausdrücklich als kollektive Gestaltungs- und Gesprächsaufgabe.

PSI-21 würde Zukunftsimaginationskompetenz nicht als individuelles Kreativitätstraining behandeln. Es würde sie in einen öffentlichen Prozess einbinden:

- Jugendliche beschreiben eine gegenwärtige Lage.
- Sie prüfen verschiedene Wahrnehmungen.
- Sie entwerfen alternative Entwicklungsmöglichkeiten.
- Sie untersuchen Folgen und Betroffenheiten.
- Fachwissen korrigiert unhaltbare Annahmen.
- Grundrechte und demokratische Verfahren begrenzen die Handlungsmöglichkeiten.
- Institutionen antworten, welche Optionen realisierbar sind und welche Veränderungen dafür erforderlich wären.
- Später wird überprüft, was tatsächlich eingetreten ist.

Möglichkeitssinn wird dadurch mit Wirklichkeitssinn, Verantwortung und politischer Rückkopplung verbunden.

PSI-21 ist kein unrealistischer Gegenentwurf zur politischen Bildung

PSI-21 kann zunächst unrealistisch erscheinen, weil es mehrere institutionelle Grenzen zugleich überschreitet:

- die Grenze zwischen schulischer und außerschulischer Bildung,
- zwischen Bildung und realer politischer Handlung,
- zwischen Jugendbeteiligung und Verwaltungsantwort,
- zwischen Kleingruppendialog und großer Kohorte,
- zwischen menschlicher Verständigung und unterstützender KI,
- zwischen einer befristeten Maßnahme und einer wiederkehrenden Struktur.

Doch genau diese Grenzüberschreitungen entsprechen der Problemstruktur der Gegenwart.

Vertrackte Probleme können nicht innerhalb derselben institutionellen Trennungen bearbeitet werden, die ihre Wechselwirkungen unsichtbar machen.

Die Frage ist deshalb nicht, ob PSI-21 in jede vorhandene Zuständigkeitsordnung passt. Die Frage lautet:

Ist ein Modellversuch plausibel genug, um zu prüfen, ob eine neue Verbindung bestehender Kompetenzen bessere gesellschaftliche Lernprozesse hervorbringen kann?

PSI-21 beginnt nicht bei null. Es verbindet bereits vorhandene Ansätze:

- die fachlichen Qualitätsstandards politischer Bildung,
- schulische Demokratiebildung,
- außerschulische Jugendbildung,
- kommunale Beteiligungsverfahren,
- Jugendverbandsarbeit,
- Moderation und Konfliktbearbeitung,
- politische Handlungsforschung,
- deliberative Verfahren,
- Bildung für nachhaltige Entwicklung,
- Wirkungs- und Praxisforschung,
- digitale Dokumentation,
- föderale Zuständigkeitsklärung.

Das Neue liegt nicht in jedem einzelnen Bestandteil. Es liegt in ihrer **wiederkehrenden institutionellen Kopplung**.

Die Gemeinsamkeit mit Ihrer Stellungnahme

Ihre Position und PSI-21 treffen sich an fünf entscheidenden Stellen.

Politische Bildung darf nicht zur Extremismusprävention verengt werden

Sie betonen, dass politische Bildung einen eigenständigen Wert besitzt und Mündigkeit, Urteilsfähigkeit und demokratische Selbstbestimmung fördern soll.

PSI-21 teilt diese Grundlage. Jugendliche werden nicht als potenzielle Extremisten angesprochen, die korrigiert oder resilient gemacht werden müssen. Sie werden als gegenwärtige Mitglieder und Mitgestaltende des Gemeinwesens anerkannt.

Der Ausgangspunkt lautet nicht:

Was fehlt den Jugendlichen?

Sondern:

Welche gesellschaftliche Wahrnehmung und welche gemeinsame Handlungsmöglichkeit fehlen, weil Jugendliche institutionell keine entsprechende Rolle besitzen?

Politische Bildung benötigt Pluralität

Ihre Stellungnahme verteidigt eine plural aufgestellte Trägerlandschaft, die unterschiedliche Zielgruppen und Milieus erreicht.

PSI-21 braucht genau diese Pluralität. Kein einzelner staatlicher Akteur sollte das Verfahren inhaltlich kontrollieren. Schulen allein wären damit ebenso überfordert wie eine einzelne Organisation oder digitale Plattform.

Ein PSI-21-Verbund müsste verschiedene Träger, Ansätze und gesellschaftliche Perspektiven zusammenführen. Der gemeinsame Standard beträfe nicht die politische Position, sondern die Verfahrensqualität:

- keine Überwältigung,
- reale Offenheit der Ergebnisse,
- Schutz von Minderheiten,
- transparente Quellen,
- nachvollziehbare Moderation,
- dokumentierter Dissens,
- institutionelle Antwort,
- Überprüfbarkeit und Revision.

Regelstrukturen brauchen außerschulische Fachlichkeit

Sie warnen davor, die Schule lediglich wegen ihrer Reichweite zur dominierenden Struktur der Demokratieförderung zu machen. Die Schule kann nur profitieren, wenn außerschulische Partner erhalten und systematisch eingebunden werden.

PSI-21 bestätigt diese Einschätzung.

Die Schule wäre vor allem der Ort, an dem ganze Kohorten erreichbar sind. Sie sollte jedoch nicht allein die Inhalte, Moderation und politischen Übergänge verantworten.

Außerschulische politische Bildung könnte einbringen:

- kontroverse und nicht überwältigende Bildungsarbeit,
- geschützte Gesprächsformen,
- Moderation gesellschaftlicher Konflikte,
- Zugang zu unterschiedlichen Milieus,
- Erfahrung mit freiwilligen und aufsuchenden Formaten,
- eine gewisse Distanz zur schulischen Bewertungs- und Hierarchielogik.

Schule, Jugendhilfe, Träger und Kommune hätten unterschiedliche, aufeinander angewiesene Rollen.

Wirkung muss lernorientiert untersucht werden

Ihre Stellungnahme fordert eine gegenstandsangemessene Evaluation, früh geklärte Wirkungserwartungen und vorgelagerte Praxisforschung. Sie weist darauf hin, dass strenge lineare Kausalnachweise im offenen Feld der Demokratieförderung kaum angemessen sind.

Auch das entspricht PSI-21.

Ein Pilot dürfte nicht mit dem Versprechen beginnen, nachweisbar Extremismus zu verhindern. Untersucht werden könnten zunächst realistischere Wirkzusammenhänge:

- Werden Jugendliche erreicht, die an freiwilligen Formaten kaum teilnehmen?
- Erleben sie sich als zugehöriger und handlungsfähiger?
- Bleiben Unterschiede und Minderheitenpositionen sichtbar?
- Können Gruppen komplexere Problembilder entwickeln?
- Antworten Institutionen verständlich und innerhalb klarer Fristen?
- Verändert sich die Wahrnehmung institutioneller Erreichbarkeit?
- Werden Zuständigkeitslücken früher erkannt?
- Entwickeln sich tragfähige Kooperationen zwischen Schulen und Trägern?
- Welche unbeabsichtigten Ausschlüsse oder Machtasymmetrien entstehen?
- Welche Bestandteile müssen revidiert werden?

Eine solche Evaluation wäre selbst Bestandteil des Lernsystems.

Nachhaltige politische Bildung braucht verlässliche Strukturen

Sie fordern Planungssicherheit, damit Wissen, Fachkräfte und Wirkungen nicht nach jedem Projektende verloren gehen.

PSI-21 macht daraus eine zusätzliche Schlussfolgerung:

Nicht nur die Träger benötigen Kontinuität. Auch Jugendliche benötigen die Erwartung, dass der demokratische Dialog kein einmaliges Projekt ist, sondern eine wiederkehrende öffentliche Praxis.

Eine Antwortstruktur kann Vertrauen nur dann hervorbringen, wenn sie verlässlich existiert und nicht nach einer Förderphase verschwindet.

Was die Human-KI-Struktur leisten könnte

Die menschliche Kleingruppe bleibt der eigentliche Ort des Dialogs. Dort können Vertrauen, Irritation, Perspektivwechsel und Verantwortung entstehen.

Eine ganze Jugendkohorte kann jedoch nicht in einem einzigen Gespräch zusammenkommen. Ohne technische Unterstützung zerfällt sie in viele voneinander getrennte Gruppen; mit einer ungeeigneten Plattform drohen Reichweitenlogik, Mehrheitsdruck, affektive Zuspitzung und algorithmische Verzerrung.

Die Human-KI-Struktur soll deshalb nicht den Dialog automatisieren, sondern dessen **Skalierung ohne Gleichschaltung** unterstützen.

Sie könnte:

- Beiträge und Fragen strukturieren,
- ähnliche Erfahrungen zusammenführen,
- seltene und widersprechende Perspektiven erhalten,
- Begriffe und Argumente verständlich übersetzen,
- Bezüge zwischen Themen sichtbar machen,
- zuständige Stellen vorschlagen,
- offene Fragen und Bearbeitungsstände dokumentieren,
- institutionelle Antworten den ursprünglichen Anliegen zuordnen,
- frühere Kohorten und spätere Wirkungen miteinander verbinden.

Menschen müssten sämtliche politisch oder pädagogisch bedeutsamen Schritte prüfen und freigeben. Die KI dürfte keine Jugendlichen bewerten, keine emotionale Diagnose erstellen, keine politische Position empfehlen und keinen Konsens simulieren.

So könnte sie etwas ermöglichen, das bisher organisatorisch kaum realisierbar ist:

Viele überschaubare Dialoge bleiben eigenständig und werden dennoch Teil eines gemeinsamen gesellschaftlichen Lernprozesses.

More in Common als mögliche fachliche Brücke

Ihre Ausführungen zur gesellschaftlichen Einbindung passen zu den Arbeiten von More in Common.

Die Organisation untersucht, wie Menschen Gesellschaft wahrnehmen, welche Gruppen sich gut oder schlecht eingebunden fühlen, welche Wahrnehmungslücken bestehen und wie gesellschaftliche Zugehörigkeit, Vertrauen und Zukunftszuversicht gestärkt werden können. Sie beschreibt die gegenwärtige Lage als Zutrauens- und Gestaltungsdefizit und verbindet Forschung mit praktischen Formaten, die Zugehörigkeit, Perspektivwechsel und gemeinsame Zukunftsgestaltung unterstützen.

PSI-21 setzt zeitlich früher an: bei den Sozialisationsbedingungen, unter denen Zugehörigkeit oder Entfremdung entstehen.

More in Common könnte daher eine begrenzte und klar umrissene Rolle übernehmen:

- Prüfung der Annahme einer Wahrnehmungslücke zwischen Jugend und Institutionen,
- Entwicklung einer milieuübergreifend zugänglichen Sprache,
- Untersuchung unterschiedlicher Formen jugendlicher Zugehörigkeit,
- Beratung bei der Einbeziehung wenig sichtbarer Gruppen,
- Mitentwicklung eines Qualifizierungsmoduls für Begleitende,
- Evaluation von Vertrauen, Zugehörigkeit und kollektiver Handlungsfähigkeit.

Dabei geht es nicht darum, Unterschiede durch die Behauptung einer künstlichen Gemeinsamkeit aufzulösen.

Die gemeinsame Grundlage entstünde aus einer Tätigkeit:

Wir müssen nicht gleich denken, um gemeinsam an dieser Gesellschaft handeln zu können.

Warum Jugendliche keine neue Elite werden sollen

PSI-21 will Jugendliche weder idealisieren noch zur neuen Gestaltungselite erklären.

Auch Jugendliche können Macht ausüben, Minderheiten ausschließen, komplexe Probleme vereinfachen, sich von Gruppendruck leiten lassen und kurzfristige Interessen verfolgen.

Gerade deshalb braucht ihre Mitwirkung:

- Grundrechtsbindung,
- geschützten Dissens,
- fachliche Prüfung,
- Perspektivenvielfalt,
- demokratische Selbstbegrenzung,
- institutionelle Verantwortung,
- Revision und Evaluation.

Der entscheidende Punkt ist ein anderer:

Eine Gesellschaft, die junge Menschen von der regelmäßigen Problemdefinition und kulturellen Revision ausschließt, erzeugt zwangsläufig eine schmale Gestaltungselite. Diese besteht dann aus denjenigen, die sich in den bestehenden Institutionen bereits durchsetzen konnten.

PSI-21 will die Elite nicht durch eine Jugendelite ersetzen. Es will die kulturelle Erkenntnisproduktion verbreitern.

Jugendliche würden zu einer **generationellen Korrekturinstanz**, nicht zur letzten Entscheidungsinstanz.

Ein Appell zur Erweiterung der politischen Bildungsinfrastruktur

Ihre Position verteidigt zu Recht die bestehenden Fachstrukturen vor einem drohenden Verlust. Doch vielleicht reicht es nicht mehr, nur zu bewahren, was in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut wurde.

Die Gleichzeitigkeitswende stellt politische Bildung vor eine zusätzliche Aufgabe:

Sie muss nicht nur Menschen befähigen, die bestehende Welt zu verstehen und in ihr zu handeln. Sie muss Räume eröffnen, in denen eine Gesellschaft gemeinsam entdeckt, dass die bestehende Welt auch anders sein könnte.

Dafür braucht es Wirklichkeitssinn und Möglichkeitssinn.

Wirklichkeitssinn ohne Möglichkeitssinn verwaltet den Status quo, bis seine Voraussetzungen zerfallen.

Möglichkeitssinn ohne Wirklichkeitssinn bleibt folgenlos oder utopisch.

PSI-21 versucht, beide in einer öffentlichen Praxis zu verbinden:

- fachliche Analyse und jugendliche Irritation,
- politische Bildung und reales Handeln,
- Kleingruppendialog und gesellschaftliche Reichweite,
- Pluralität und gemeinsame Verfahren,
- Zukunftsimagination und institutionelle Verantwortung,
- menschliche Urteilskraft und kooperative KI,
- gesellschaftliche Selbstkritik und demokratische Zugehörigkeit.

Vielleicht wirkt dieser Ansatz unrealistisch, weil uns die Vorstellung fehlt, Jugendliche könnten eine solche öffentliche Rolle dauerhaft einnehmen.

Doch dieses Fehlen von Vorstellungskraft ist selbst Teil des Problems.

Auch Jugendliche können keinen Raum verlangen, den sie nie erlebt haben. Institutionen können keine Wirkung erkennen, die sie nie erprobt haben. Fachkräfte können keine Rolle übernehmen, für die es bisher keine Ausbildung und kein Mandat gibt.

Genau dafür sind Innovationsprojekte und Praxisforschung da: nicht um bereits bewiesene Verfahren noch einmal auszuführen, sondern um vernünftig begründete Möglichkeiten unter geschützten Bedingungen zu prüfen.

Die Bitte

Ich möchte Sie deshalb bitten, bei der weiteren Debatte über die Neuausrichtung von „Demokratie leben!“ eine zusätzliche Perspektive zu erwägen:

Politische Bildung sollte nicht nur als zu erhaltende Träger- und Angebotsstruktur verstanden werden. Sie könnte zur Grundlage einer wiederkehrenden demokratischen Wahrnehmungs-, Gestaltungs- und Antwortstruktur für ganze Jugendkohorten weiterentwickelt werden.

Ein erster PSI-21-Modellversuch müsste klein genug sein, um verantwortbar zu bleiben, und groß genug, um die institutionelle Kopplung tatsächlich zu erproben.

Er könnte über mehrere Bundesländer hinweg

- Schulen und außerschulische Träger,
- Jugendhilfe und Kommunen,
- Wissenschaft und Praxisforschung,
- Moderation und Human-KI-Unterstützung,
- Jugendgruppen und antwortende Institutionen

in einem gemeinsamen Verfahren verbinden.

Die zentrale Forschungsfrage wäre nicht, ob PSI-21 bereits die Lösung für die demokratischen Herausforderungen unserer Zeit ist.

Sie wäre bescheidener und zugleich grundsätzlicher:

Kann eine Demokratie lernen, jede neue Jugendkohorte nicht nur in ihre bestehende Ordnung einzuführen, sondern sie an der gemeinsamen Wahrnehmung, Prüfung und rechtsstaatlich gebundenen Weiterentwicklung dieser Ordnung zu beteiligen?

Und daran anschließend:

Entsteht aus wiederholter gemeinsamer Gestaltung eine tragfähigere demokratische Zugehörigkeit als aus bloßer Unterweisung oder punktueller Beteiligung?

Ihre Stellungnahme endet mit der Forderung nach fachlicher Qualität, Pluralität, Subsidiarität, Transparenz, verlässlichen Strukturen und der systematischen Verbindung schulischer Regelstrukturen mit außerschulischer politischer Bildung.

PSI-21 könnte ein Versuch sein, aus genau diesen Prinzipien den nächsten institutionellen Schritt zu entwickeln.

Nicht gegen die bestehende politische Bildung.

Nicht an ihren Trägern vorbei.

Sondern mit ihrer Erfahrung – und mit der bislang fehlenden kulturellen Mitautorschaft der Jugend.

Mit freundlichen Grüßen

Albert Reinhardt

PSI-21 – Politik, Schule und Internet im 21. Jahrhundert

albert-reinhardt@psi-21.de

psi-21.info

POSITION: Zur Neuausrichtung des Bundesprogramms “Demokratie leben!”

<https://dvpb.de/2026/06/12/zur-neuausrichtung-des-bundesprogramms-demokratie-leben-reform-muss-plurale-politische-bildung-staerken/>

Die Position von bap, GEMINI und DVPB verteidigt zu Recht politische Bildung als eigenständige, plurale und fachlich getragene demokratische Infrastruktur. PSI-21 schlägt vor, diese Infrastruktur um eine wiederkehrende generationelle Funktion zu erweitern: Ganze Jugendkohorten sollen gesellschaftliche Wirklichkeit in dialogischen Gruppen untersuchen, Möglichkeiten entwerfen und eine nachvollziehbare institutionelle Antwort erhalten. In einer Zeit vernetzter „wicked problems“ wäre dies nicht nur Jugendbeteiligung, sondern eine regelmäßige kulturelle Selbstkorrektur der Demokratie.

Warum verstehen wir die Welt nicht mehr? Mit Prof. Dr. Stephan A. Jansen

<https://youtu.be/euLCE9MxD98>